

# SVP nützt Unwissenheit der Bevölkerung aus

**Klima** Wie stark drückt die Klimapolitik auf das Portemonnaie der Bürger? Eine unveröffentlichte Untersuchung zeigt Wissenslücken in der Bevölkerung – und das in einem entscheidenden Punkt. Davon könnte die SVP profitieren.

Stefan Häne

Wohl noch nie ist der Klimawandel medial und in der Bevölkerung so präsent gewesen wie in den vergangenen zwölf Monaten. Speziell in der Schweiz: Vor den eidgenössischen Wahlen im Herbst war er das Topthema. Zudem streitet das Parlament seit mehr als einem Jahr darüber, wie die neue Klimapolitik bis 2030 aussehen soll. Auf welche Instrumente soll die Schweiz neu oder verstärkt setzen?

Obschon Fragen dieser Art seit längerem im Fokus stehen, scheint der Bevölkerung wichtiges klimapolitisches Wissen zu fehlen. Das zeigt eine noch unveröffentlichte repräsentative Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut GFS Zürich im Auftrag von Swisscleantech erstellt hat. Der Befund geht in dieselbe Richtung wie das Ergebnis eines nationalen Forschungsprogramms zur Energiestrategie 2050, das letzte Woche publiziert worden ist. Demnach ist die Bevölkerung über die Energiewende nur unzureichend informiert.

An der Swisscleantech-Untersuchung haben letzten Herbst 1006 Personen zwischen 18 und 84 Jahren aus der gesamten Schweiz teilgenommen. «Das Ergebnis hat uns überrascht, denn die Diskussion über konkrete Klimaschutzmassnahmen wurde intensiv geführt», sagt Christian Zeyer, Geschäftsführer von Swisscleantech. Zum Beispiel über die CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe – ein klimapolitisches wichtiges Instrument, aber eben auch ein umstrittenes.

Die Schweiz hat 2008 eine CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe eingeführt, und zwar einzig auf fossile Brennstoffe, also auf Öl und Gas. Vier von fünf Befragten wissen das. Gleichzeitig meinen aber fälschlicherweise zwei Drittel, auch die fossilen Treibstoffe Benzin und Diesel unterlägen dieser Abgabe. Und es irrt jene knappe Hälfte der Befragten, die überzeugt ist, auch Kerosin und mit diesem der Flugverkehr sei von der Abgabe betroffen. Letzteres ist besonders erstaunlich,



Zwei von drei Schweizern glauben, auf Benzin und Diesel eine Lenkungsabgabe zu entrichten. Das stimmt nicht. Foto: Sophie Stieger (13 Photo)

## Worauf wird die CO<sub>2</sub>-Abgabe erhoben?

Antworten auf Fragen zur CO<sub>2</sub>-Abgabe, Angaben in Prozent

■ Ja ■ Weiss nicht ■ Nein

Frage 1: Wird die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Heizöl und Erdgas erhoben?

79 6 15

Richtige Antwort: Ja

Frage 2: Wird die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin und Diesel erhoben?

66 6 28

Richtige Antwort: Nein

Frage 3: Wird die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Kerosin (Flugverkehr) erhoben?

47 7 46

Richtige Antwort: Nein

\*Anzahl befragte Personen aus der Schweizer Bevölkerung: 1006, Befragungszeitraum: 23.9. bis 10.10.2019

Grafik: san, mre/Quelle: gfs Zürich

hat doch gerade die Debatte übers Fliegen und die fehlende Flugticketabgabe 2019 Wellen geschlagen.

## Einnahmen fliessen zurück

Unkenntnis herrscht auch darüber, wie die Lenkungsabgabe funktioniert. Die Einnahmen landen nicht wie bei einer einfachen Steuer in der Staatskasse. Vielmehr fliessen sie zurück, in diesem Fall zu zwei Dritteln an die Bevölkerung und Unternehmen – drei Viertel der Befragten wissen das nicht. Ein Drittel der Einnahmen geht ins Gebäudeprogramm, um energetische Sanierungen mitzufinanzieren – zwei von drei Befragten sind darüber nicht im Bild.

Damit dürfte ein Grossteil auch den Sinn dieser Lenkungs-

abgabe nicht verstehen: Durch die Rückverteilung soll Energie sparen belohnt und -verschleiss finanziell bestraft werden. Wer wenig Öl und Gas braucht, erhält unter dem Strich mehr zurück, als er durch die Abgabe zusätzlich ausgibt; im Fall der Verschwender ist es umgekehrt. 2018 erhielten alle in der Schweiz wohnhaften Personen via Krankenkasse 76.80 Franken zurück, die Unternehmen 147.50 Franken pro 100 000 Franken abgerechneter AHV-Lohnsumme.

Relevant sind die verbreiteten Wissenslücken nicht zuletzt mit Blick auf eine mögliche Volksabstimmung über das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz. Die SVP erwägt, das Referendum gegen die Vorlage zu ergreifen, die in der Frühjahrssession in den Nationalrat

gelangt. «Angesichts des geringen Wissensstands», sagt Swisscleantech-Experte Zeyer, «fällt es leicht, die Bevölkerung mit falschen Aussagen zur Belastung durch Klimaabgaben zu verunsichern, wie dies zum Beispiel von der SVP gemacht wird.»

Zeyer spielt auf die umstrittenen Berechnungen an, welche die SVP letztes Jahr gemacht hat. Die Partei warnte, Familien würden durch das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz, das eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe vorsieht, mit Mehrkosten von insgesamt 3000 Franken belastet. Doch dabei blendete die Partei wichtige Elemente von der Rechnung aus, so etwa den skizzierten Rückverteilungseffekt bei der CO<sub>2</sub>-Abgabe. Die Abgabe, so resümierte letztes Jahr eine Infrastudie, belastet tiefere und mittlere Einkommensschichten nicht respektive ist sogar finanziell vorteilhaft für sie.

## Mehr Klimaschutz im Inland

Die SVP als Profiteurin verbreiteter Unkenntnis? Beim CO<sub>2</sub>-Gesetz sei das Parlament mitten in der Beratung, sagt SVP-Nationalrat Walter Wobmann. «Darum sind solche Umfragen verfrüht und demzufolge auch nicht sehr seriös.» Zudem werde die neue Klimapolitik die Bevölkerung sehr wohl etwas kosten, macht Wobmann klar. Auf Treibstoff etwa sei ein Zuschlag von bis zu 12 Rappen pro Liter geplant. Das werde die ländliche Bevölkerung sehr stark treffen.

Politisch interessant ist ein weiterer Befund der Umfrage. Demnach finden 84 Prozent, dass die Schweiz ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss ausschliesslich (28 Prozent) oder vor allem (56 Prozent) im Inland senken soll – ein Wert, der gegenüber der letzten Befragung im Jahr 2018 leicht gestiegen ist. Der Ständerat indes hat einen anderen Plan. Bis zu zwei Drittel der Einsparungen zwischen 2020 und 2030 sollen im Ausland erfolgen können. Die vorbereitende Kommission des Nationalrats hat dem zugestimmt. Damit dürfte sich diese Lösung im Parlament durchsetzen.

## Wie die Hoffnung auf Freihandel mit den USA zerrann

**Wirtschaftspolitik** Der Bundesrat zählte auf Fortschritte am WEF. Doch das intensive Lobbying der Schweiz hat nichts gefruchtet.

Von allen Seiten prasselten die Forderungen auf Präsident Trump ein. 20 US-Parlamentarier schrieben der Regierung im Herbst einen Brief, sie solle rasch ein Freihandelsabkommen mit der Schweiz abschliessen. Das hatte auch der konservative Thinktank Heritage Foundation verlangt. Und Schweizer Diplomaten weibelten bei der US-Regierung, um den Boden für einen Verhandlungsstart zu bereiten.

Nun macht sich Ernüchterung breit, das Lobbying scheint sich bislang nicht auszuzahlen. Der Bundesrat hoffte, dass Trump am Treffen vom Dienstag am WEF den Vorbereitungen politischen Schub verleihen würde, damit bald die formellen Verhandlungen beginnen könnten. Doch das Signal ist ausgeblieben: Trump sagte zwar beim Fototermin mit

Bundespräsidentin Sommaruga, er wünsche sich einen Deal. Im Gespräch danach kamen aber dieselben Probleme zur Sprache, welche die Verhandlungen von Anfang an erschwert hatten.

Offenbar ist es der Schweiz in den Vorgesprächen nicht gelungen, die Amerikaner vom Nutzen eines umfassenden Freihandelsabkommens zu überzeugen – inzwischen zweifelt sie gar selbst



Keine Einigung in Davos: Trump und Sommaruga. Foto: Reuters

daran. An konkreten Vorteilen führen die Bundesräte inzwischen nur noch an, dass ein Abkommen die Rechtssicherheit für Unternehmen steigern würde.

Drei grosse Hindernisse stehen einem umfassenden Freihandelsabkommen im Weg:

1. **Landwirtschaft** Sie würde die Schweiz am liebsten ganz von einem Freihandelsabkommen ausnehmen. Drohen die Schweizer Bauern unter die Räder zu geraten, hat ein Abkommen kaum eine Chance. Der letzte Verhandlungsanlauf vor mehr als zehn Jahren war unter anderem daran gescheitert. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer denkt auch heute nicht im Traum daran, den Agrarbereich zu schonen. Vor einem Parlamentsausschuss formulierte er es so: «Ob

wir Verhandlungen starten, stützen wir auf die Einschätzung, ob amerikanische Arbeiter, Bauern und Unternehmen profitieren und ob Wachstum und Beschäftigung in den USA zunehmen könnten.»

2. **Handelsbilanzdefizit** Die Ausgangslage für die Schweiz ist schwierig. Schon heute exportiert sie doppelt so viele Güter in die USA wie umgekehrt. Dieses Handelsbilanzdefizit von 20 Milliarden Franken hat Trump den Schweizern am Dienstag vorgeworfen. Sie wehrten sich mit Verweis darauf, dass die Amerikaner dafür etwa im gleichen Umfang mehr Dienstleistungen exportierten. Trumps Kritik stellt aber ein grundsätzliches Hindernis dar: Es ist schwer vorstellbar, dass er ein Handelsabkommen abschliessen würde, mit dem das

Defizit zulasten der USA wachsen würde.

3. **Pharma** Obwohl die Pharmaindustrie kaum noch durch Zölle belastet wird, ist sie hauptsächlich dafür verantwortlich, dass die USA so viel aus der Schweiz einführen. Der Handelsbeauftragte Lighthizer hat darum schon laut über Schutzzölle nachgedacht. Der Bundesrat kontert, Schweizer Pharmafirmen investierten in den USA Milliarden in die Forschung und schufen Zehntausende hoch qualifizierter Arbeitsplätze.

Hinzu kommen zahlreiche weitere kleinere und grössere Probleme, etwa beim Urheberrechtsschutz. Zudem prüfen die Schweizer Diplomaten bereits Möglichkeiten für Abkommen, die der US-Präsident selbst ab-

schliessen könnte, ohne sie dem Kongress vorzulegen.

Die Bundesräte wurden am WEF nicht müde, zu betonen, die Vorbereitungen liefen auf beiden Seiten weiter, es würden weitere Ideen geprüft. Doch machte sich der Eindruck breit, sie glaubten nicht mehr an einen Erfolg. Bundespräsidentin Sommaruga stellte nach ihrem Treffen mit Trump sogar eine Rückstufung auf einfache Handelsabkommen in den Raum. Die hätten einen viel beschränkteren Geltungsbereich. Als Idee kursiert etwa ein Abkommen über den digitalen Handel. Der ist bis jetzt kaum reguliert. Diese Gespräche stehen erst am Anfang, entsprechend wenig ist über mögliche konkrete Inhalte und Folgen zu erfahren.

Fabian Fellmann, Davos